

Niederschrift

Gremium	Sitzungstermin	Sitzung Nr.
Integrationsrat	25.03.2014	

Sitzungsort	Sitzungsdauer
Rathaus Duisburg, Ratssaal (Zi. 100)	Von 15:00 Uhr bis 17.30 Uhr

öffentliche Sitzung

Das Ergebnis der Beratungen ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.



Avci
Vorsitzender



Pater
Leiterin des Kommunalen
Integrationszentrums



Leonhards
Schriftführer

Integrationsrat - 25.03.2014 - öffentliche Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Vortrag und Gespräch zum Thema „Gewalt gegen Frauen in Duisburg“ mit Frau Freer, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Duisburg

Frau Freer (Frauenbeauftragte der Stadt Duisburg) bedankte sich für die Einladung des Integrationsrates. Es sei ein sehr positives Signal, dass sich der Integrationsrat des Themas Gewalt gegen Frauen annehme.

Gewalt gegen Frauen sei eine der schlimmsten Menschenrechtsverletzungen. Es gäbe weltweit Berichte über Vergewaltigungen und Missbrauch aus Krisen- und Kriegsgebieten. Gewalt gegen Frauen fände aber auch in NRW und Duisburg statt. In NRW seien beispielweise 5600 Fälle von Beschneidungen bei Frauen bekannt. Man wisse, dass dies auch in Duisburg praktiziert werde. Zu dem Thema sei nun in Düsseldorf eine Landesstelle eingerichtet worden. Bei Bedarf könnten dort weitere Informationen eingeholt werden.

Das Hauptthema dieses Vortrags sei die häusliche Gewalt. Laut eines Berichtes der Bundesregierung stiegen die Zahlen europaweit an. Daraus gehe hervor, dass es keinen Zusammenhang mit der Zugehörigkeit zu sozialen Schichten gäbe. Frauen aller sozialen Schichten und Nationalitäten werden gleichermaßen von ihren Männern geschlagen. Auch in Duisburg sei die Polizeistatistik bedenklich angestiegen. Innerhalb des letzten Berichtsjahres sei die Zahl der angezeigten Vergewaltigungen von 1000 auf 1250 gestiegen. Diese Zahl sei für eine Stadt wie Duisburg sehr hoch.

Um dieser Situation in Duisburg entgegenzuwirken sei man in Duisburg gut vernetzt. Der „Runde Tisch Gewaltschutzgesetz“ setze sich zusammen aus den Frauenberatungsstellen, den Frauenhäusern, städtischen Ämtern sowie Polizei und Staatsanwaltschaft. Die Duisburger Frauenberatungsstellen böten Informationen und Faltblätter in verschiedenen Sprachen an. Es gäbe in Duisburg zwei Frauenhäuser, die aber auch Frauen aus Nachbarstädten aufnehmen, um mehr Sicherheit bieten zu können.

Zu der Errichtung eines muslimischen Frauenhauses (Prüfantrag DS 13-1261) erklärte sie, dass nach Rücksprache mit den Mitarbeiterinnen der Frauenhäuser festgestellt wurde, dass die Errichtung eines muslimischen Frauenhauses eine Ausgrenzung dieser Frauen gleichkomme. Der Sinn des Frauenhauses bestehe in dem Zusammenhalt der dort lebenden Frauen, egal welcher Nationalität.

Die Duisburger Frauenhäuser finanzierten sich über 80 Prozent Landesförderung und zu 20 Prozent aus Spenden. Durch die Vielzahl an verschiedenen Sprachen benötigten die Frauenhäuser Übersetzerinnen, was sehr kostenintensiv sei. Sie rief die Mitglieder des Integrationsrats auf, die Frauenhäuser durch Spendenaufrufe zu unterstützen.

Frau Kara (DLD) bedankte sich für den Vortrag und sagte, dass der Integrationsrat in der Frage der Übersetzungen den Frauenhäusern finanzielle helfen müsse. Zudem sei eine weitere interkulturelle Öffnung der Frauenhäuser sinnvoll.

Herr Karabulut (DL) sagte, dass in Deutschland die Beschneidung von Frauen verboten sei und fragte, was täten die Behörden, wenn sie von solchen Fällen Kenntnis erlangten.

Herr Grün (DWG) fragte nach dem Strafmaß bei Fällen von Beschneidungen und nach der Zahl der bekannten Fälle in Duisburg.

Auch Herr Sipahi (parteilos) verurteilte das Durchführen von Beschneidungen bei Frauen und betonte, dass dies nichts mit dem islamischen Glauben zu tun habe, der hierzulande praktiziert werde. Er wolle wissen, an wen sich die Betroffenen richten können.

Frau Freer (Frauenbeauftragte der Stadt Duisburg) erklärte, dass die Beratungsstellen auf solche Fälle vorbereitet seien. Häufig kämen die Opfer aus afrikanischen Ländern, nachdem sie verstümmelt wurden. Es sei nötig, auch Kindergärten und Schulen in die Beratung mit einzubeziehen. Es seien auch schon Gespräche mit dem Jugendamt geführt worden. Zudem habe die Landeszentralstelle Vorträge für Lehrerinnen abgehalten.

Herr Kiskemper (Polizei Duisburg) sagte, er könne keine Zahlen zu Beschneidungen vorlegen. Dies falle statistisch nicht in den Bereich der häuslichen Gewalt.

Herr Idik (SPD) bat um einen Bericht über häusliche Gewalt gegen Frauen, insbesondere in Bezug auf Migrantenfamilien.

Herr Kiskemper (Polizei Duisburg) erläuterte, dass im Jahre 2012 1240 Fälle von häuslicher Gewalt angezeigt wurden. Davon seien 748 Deutsche, die anderen Fälle von Nichtdeutschen. Bei Besitz von zwei Staatsangehörigkeiten werde dieser Fall als Migrationshintergrund gewertet. Die größte Gruppe der Nichtdeutschen seien die türkischstämmigen mit einer Zahl von 209. Dies sei im Verhältnis zur Bevölkerungsstruktur überdurchschnittlich hoch. Die Zahl der sogenannten außenveranlassten Einsätze, also ein direkter Anruf mit anschließender Anwesenheit der Polizei vor Ort, stieg um 18 Prozent. 2012 waren es 757 Einsätze, 2013 waren es 890 Einsätze.

Herr Doğan (CDU) zeigte sich angesichts dieser Zahlen schockiert und empfahl, dieses Thema in der nächsten Legislaturperiode zu einem Schwerpunktthema zu erklären.

Herr Kiskemper (Polizei Duisburg) sagte, dass die Polizei Duisburg gerne für Gespräche und Vorträge zur Prävention mit Vereinen und Migrantenorganisationen zur Verfügung stehe.

Herr Idik (SPD) fragte, ob für den Integrationsrat in Zukunft Statistiken und Infos regelmäßig zur Verfügung gestellt werden könnten.

Herr Doğan (CDU) ergänzte, dass es sinnvoll wäre, diese Statistiken nach Stadtteilen zu differenzieren.

Herr Kiskemper (Polizei Duisburg) erklärte, dass die Zahlen einmal jährlich vom Land veröffentlicht würden. Diese Statistiken könnten zur Verfügung gestellt werden und zeigten erkennbare Tendenzen auf. Innerhalb der Statistiken werden nach Ortsteilen unterschieden.

Es wurde einstimmig beschlossen, dass nach Veröffentlichung der Zahlen diese dem Integrationsrat vorgelegt werden sollen.